

Hilfswerk bewertet Gipfel zu Gemeinnützigkeit positiv und fordert rasche Umsetzung der Maßnahmen

Besonders wichtig ist dem Hilfswerk die seitens der Regierung in Aussicht gestellte Umsetzung eines Energiekostenzuschusses für alle gemeinnützigen Organisationen.

Das Hilfswerk Österreich bewertet die Gespräche im Rahmen eines Gipfels am Mittwoch, den 3. Mai 2023, mit Bundeskanzler Nehammer, Vizekanzler Kogler, Sozialminister Rauch, Staatssekretärin Plakolm und Staatssekretärin Mayer positiv. „Der Austausch war sehr konstruktiv. Es wurden umfassende Maßnahmen zur Stärkung des gemeinnützigen Sektors besprochen. Nun geht es um die Umsetzung“, resümiert Elisabeth Anselm, Geschäftsführerin des Hilfswerk Österreich.

Zum Gipfel im Bundeskanzleramt geladen waren Vertreter und Vertreterinnen gemeinnütziger Verbände und Freiwilligenorganisationen. Im Zentrum der Gespräche standen insbesondere folgende Agenden:

- Ausweitung der Spendenabsetzbarkeit auf alle gemeinnützigen Zwecke
- Stärkung der Freiwilligenarbeit, insbesondere Ausbau des Freiwilligen Sozialen Jahres und gleichwertige Rahmenbedingungen wie beim Zivildienst
- Energiekostenzuschuss für alle gemeinnützigen Organisationen

Ausgleich gestiegener Energiekosten sichert Versorgung mit sozialen Diensten

„Besonders wichtig ist uns die Umsetzung des Energiekostenzuschusses für alle gemeinnützige Organisationen“, erläutert Anselm. Allzu oft werde übersehen, dass gemeinnützige Träger entscheidend für die Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der sozialen Daseinsvorsorge wie beispielsweise Kinderbetreuung oder Pflege seien. „Im Bereich der ambulanten Versorgung mit Pflege- und Betreuungsdienstleistungen, also mit mobilen Diensten wie Hauskrankenpflege und Heimhilfe, sind fast hundert Prozent der Anbieter im gemeinnützigen Sektor zu Hause“, sagt Anselm. Die gestiegenen Treibstoffpreise würden hier massiv zu schaffen machen. Aber auch im Bereich der Pflegeheime und anderer stationärer Betreuungseinrichtungen würden die Energiekosten etwa in Form der Heizkosten enorm zu Buche schlagen. Instrumente zum Ausgleich der gestiegenen Energiekosten, die für Unternehmen und unternehmerisch tätige Organisationen vorgesehen sind, würden nicht alle gemeinnützigen Träger umfassen.

„Gemeinnützige Organisationen wie das Hilfswerk schultern diese Mehrkosten bereits seit 2022 im Wesentlichen selbst, langsam geht uns der Atem aus“, erklärt Anselm. Umso positiver bewertet das Hilfswerk die Ankündigung der Bundesregierung, in den nächsten Wochen einen NPO-Energiekostenzuschuss zu erarbeiten, um Mehrkosten aus diesem Titel für alle gemeinnützigen Träger abzufedern, auch für jene, die nicht unternehmerisch tätig sind. „Die Erarbeitung des angekündigten NPO-Energiekostenzuschusses muss nun rasch geschehen und die Umsetzung muss möglichst praktikabel sein, damit die Versorgung der Bevölkerung mit sozialen Diensten auch nachhaltig gesichert ist“, erläutert Anselm.